

Außenwirtschaft

Bayern und die USA – Gemeinsam eine transatlantische Zukunft gestalten

vbw

Position
Stand: Januar 2025

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Globalen Herausforderungen mit transatlantischen Lösungen begegnen

Die Beziehungen zwischen Bayern und den Vereinigten Staaten von Amerika sind geprägt von langjähriger Freundschaft und nachhaltigen Wirtschaftskontakten. Uns verbinden die Werte Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Seit Jahrzehnten sind die Vereinigten Staaten der größte Exportmarkt für bayerische Waren. Insgesamt waren die USA 2023 mit einem Handelsvolumen von 42,2 Mrd. Euro der zweitgrößte Handelspartner Bayerns. Den vorläufigen Daten zufolge dürften diese Werte 2024 weiter gestiegen sein.

Wichtig ist aber auch die Bedeutung der bayerischen Wirtschaft in den USA: Bayerische Unternehmen sichern dort rund 728.000 Arbeitsplätze und tragen mehr als 131 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung bei.

Angesichts der globalen Herausforderungen - geopolitische Konflikte, eine veränderte Weltwirtschaftsordnung und Klimawandel - wollen wir weiterhin eng und vertrauensvoll mit unserem transatlantischen Partner zusammenarbeiten.

Allerdings wird der gewählte US-Präsident Donald Trump die engen Beziehungen auf eine harte Probe stellen. Die angedrohten Zölle und eine Reduzierung oder Beendigung der Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg hätten spürbare wirtschaftliche und sicherheitspolitische Auswirkungen auf uns.

Die künftige Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Europa gegenüber der neuen US-Administration selbstbewusst und geeint auftritt. Die EU muss sich im drohenden Handelskonflikt um Kompromisse bemühen.

Gleichzeitig müssen die Standortbedingungen in Europa und Deutschland endlich verbessert werden. Dazu gehören ein konsequenter Bürokratieabbau, Unternehmenssteuersenkungen, mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, eine Stärkung des Binnenmarktes sowie eine verlässlichere Energiepolitik und bezahlbare Energiepreise.

Bertram Brossardt
20. Januar 2025

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Bayern und die USA – wichtige Partner der transatlantischen Zusammenarbeit	2
1.1 Die Außenhandelsbeziehungen mit den USA	2
1.2 Die USA als Investitionsziel Nummer eins für die bayerische Wirtschaft	6
2 Globale Herausforderungen	8
2.1 Geopolitische Spannungen	8
2.2 Veränderte Weltwirtschaftsordnung	8
2.3 Klimawandel und Dekarbonisierung	9
3 Positionen von US-Präsident Trump	10
3.1 Handelspolitik	10
3.2 Wirtschaftspolitik	11
3.3 Investitionsprogramme	12
3.4 Außenpolitik	12
3.5 Weitere Themen: Energie, Klima, Künstliche Intelligenz	13
4 Kernforderungen der vbw	14
4.1 Wirtschaftssicherheit transatlantisch gewährleisten	14
4.2 Machtbalance halten und Freihandel stärken	14
4.3 Wege der Zusammenarbeit für Klimaschutz und Energiewende finden	15
4.4 Technologiepartnerschaften ausbauen	16
4.5 Regionalpartnerschaften pflegen	16
Ansprechpartner/Impressum	17

Position auf einen Blick

Unter US-Präsident Donald Trump wird die transatlantische Zusammenarbeit erneut auf die Probe gestellt.

Geopolitische Konflikte, eine veränderte Weltwirtschaftsordnung und der Klimawandel stellen die exportorientierte bayerische Wirtschaft vor Herausforderungen. Eine resiliente Aufstellung der Lieferketten gewinnt daher an Bedeutung. Bayern und die USA können auf der Basis ihrer langjährigen engen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft dazu beitragen, den globalen Herausforderungen zu begegnen.

Mit der Wiederwahl von Donald Trump als US-Präsident steigt die Sorge vor einer protektionistischen Politik der USA mit schwerwiegenden Folgen für unsere Exportwirtschaft. Dafür sprechen nicht nur die von ihm angekündigten konkreten Pläne, sondern auch sein erratischer und unberechenbarer Regierungsstil, der für große Unsicherheit sorgt.

Die Kernforderungen der vbw lauten:

- Wirtschaftssicherheit transatlantisch gewährleisten: Um den globalen Herausforderungen zu begegnen, müssen die Wertepartner diesseits und jenseits des Atlantiks eng zusammenarbeiten. Die bayerische Wirtschaft darf im Konflikt zwischen China und den USA nicht zum Spielball werden.
- Machtbalance halten und Freihandel stärken: Die ökonomische Integration zwischen den Vereinigten Staaten und der EU muss institutionalisiert werden, Handelsstreitigkeiten beseitigt und die WTO endlich reformiert werden.
- Wege der Zusammenarbeit für Klimaschutz und Energiewende finden: Um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen, braucht es ein Level-Playing Field.
- Technologiepartnerschaften ausbauen: Der EU-US-Technologie- und Handelsrat (TTC) muss beibehalten werden und angestoßene Kooperationen und Abstimmungen müssen fortgeführt und vertieft werden.
- Regionalpartnerschaften pflegen: Die bayerische Staatsregierung kann durch enge Beziehungen zu den strategisch wichtigen US-Bundesstaaten dazu beitragen, vorteilhafte Investitions- und Kooperationsbedingungen zu schaffen und Märkte zu erschließen.

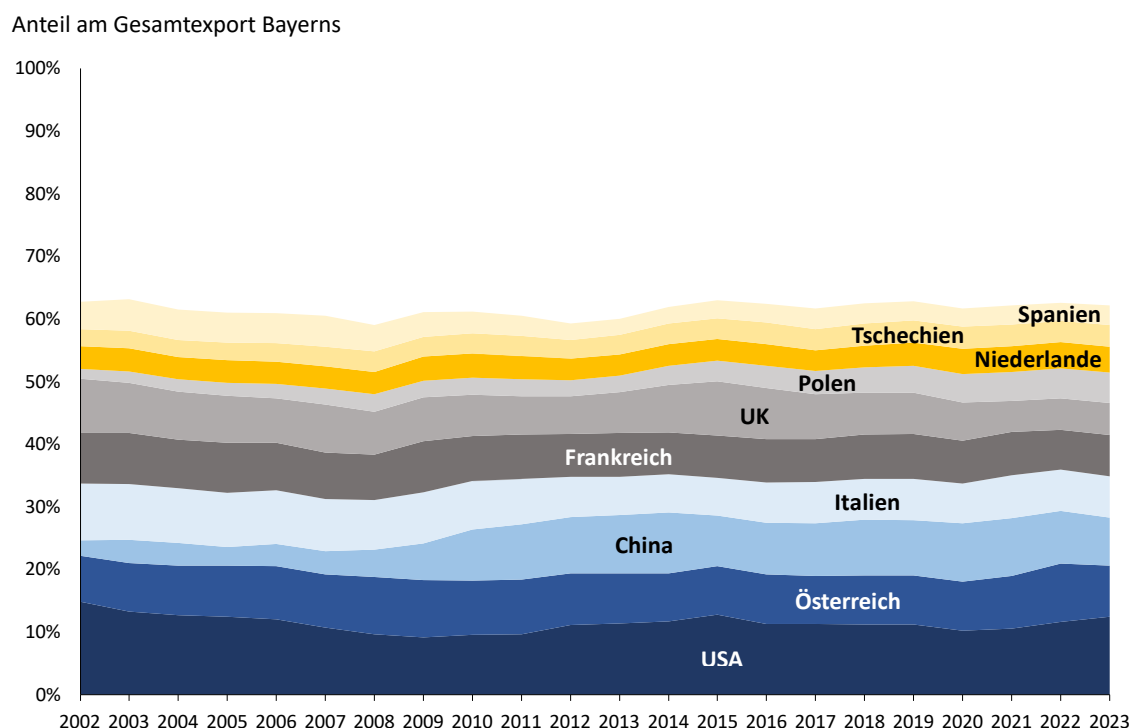
1 Bayern und die USA – wichtige Partner der transatlantischen Zusammenarbeit

Starke und stabile bayerisch-amerikanische Wirtschaftsbeziehungen sind im beiderseitigen Interesse.

1.1 Die Außenhandelsbeziehungen mit den USA

Die USA sind traditionell einer der wichtigsten Handelspartner Bayerns. Seit Jahrzehnten sind die Vereinigten Staaten der größte Exportmarkt für bayerische Produkte. Im Jahr 2023 exportierten bayerische Unternehmen Waren im Wert von 28,4 Milliarden Euro in die USA. Das waren 12,4 Prozent der gesamten bayerischen Exporte. Auf den Rängen zwei und drei folgten mit einigem Abstand Österreich und China mit einem Anteil von 8,2 Prozent beziehungsweise 7,6 Prozent.

Abbildung 1
 Die TOP-10 der Exportmärkte Bayerns



Quelle: eigene Berechnungen aus Daten von Destatis.

Bayern und die USA – wichtige Partner der transatlantischen Zusammenarbeit

Bei den Importen liegen die USA auf Rang sechs der wichtigsten Lieferländer Bayerns. Der Anteil an den Gesamteinfuhren lag zuletzt bei 5,7 Prozent. Mit einem Handelsvolumen von 42,2 Milliarden Euro sind die USA der zweitgrößte Handelspartner des Freistaats.

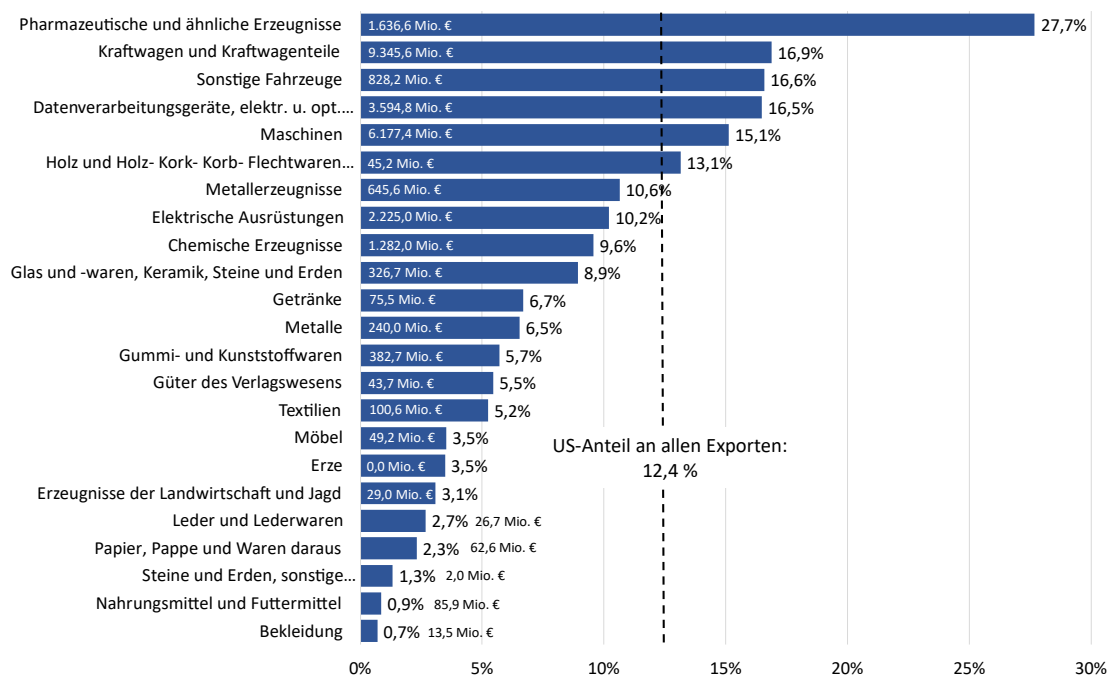
Bayern erwirtschaftet seit Jahren einen hohen Exportüberschuss im Handel mit den Vereinigten Staaten. Im Jahr 2023 belief sich dieser auf 14,7 Milliarden Euro.

Abbildung 2 zeigt für diverse Produktgruppen den jeweiligen Anteil der entsprechenden Exporte in die USA. Zusätzlich wird der Exportwert angegeben.

Abbildung 2

Bedeutung der bayerischen Exporte in die USA für verschiedene Produktgruppen

Ausfuhren in die USA in Mio. Euro und Anteil an allen Ausfuhren dieser Produktgruppe, 2023



Quellen: Eigene Berechnungen aus Daten von Destatis.

Es zeigt sich, dass der US-Markt für pharmazeutische Erzeugnisse, für Kraftwagen und Kraftwagen-Teile, sonstige Fahrzeuge, DV-Geräte und Maschinen eine klar überdurchschnittliche Bedeutung hat. Aber auch bei Holzwaren, Metallerzeugnissen und elektrischen Ausrüstungen ging über ein Zehntel der Exporte in die Vereinigten Staaten.

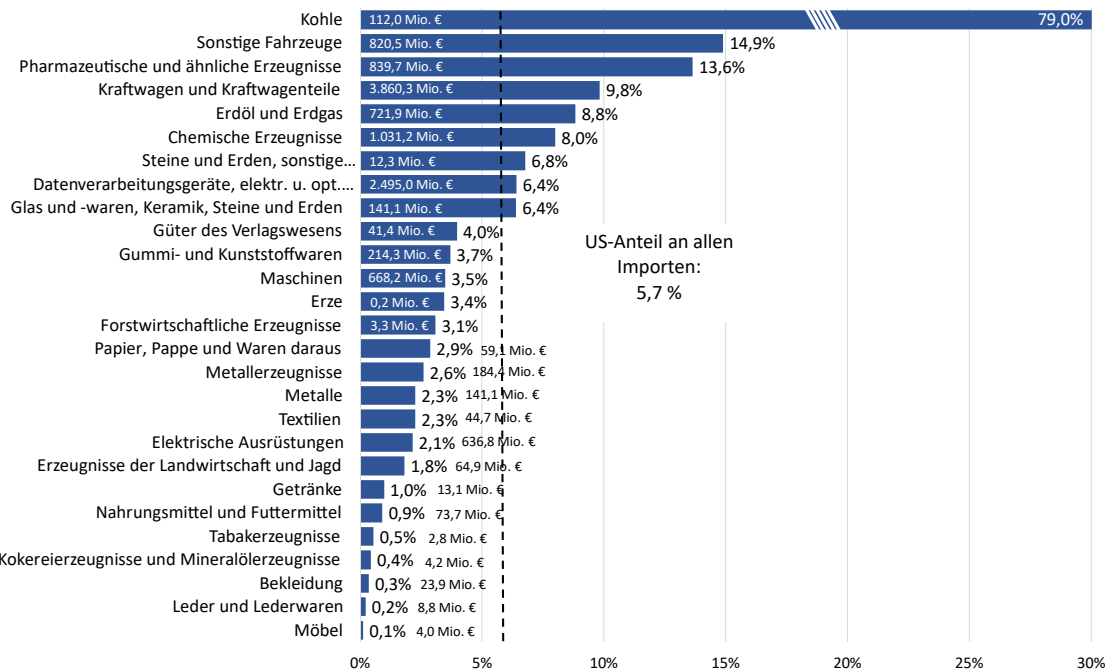
Abbildung 3 zeigt für verschiedene Produktgruppen den jeweiligen Anteil der entsprechenden bayerischen Einfuhren aus den USA. Daraus wird die wichtige Energiepartnerschaft ersichtlich: 79 Prozent seiner Kohleimporte und knapp neun Prozent seiner Erdöl- und Erdgasimporte bezieht Bayern aus den USA. Darüber hinaus sind die USA ein überdurch-

Bayern und die USA – wichtige Partner der transatlantischen Zusammenarbeit

schnittlich wichtiger Beschaffungsmarkt unter anderem bei den Produktgruppen sonstige Fahrzeuge, pharmazeutische Erzeugnisse, Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie chemische Erzeugnisse.

Abbildung 3
 Bedeutung der bayerischen Importe aus den USA für verschiedene Produktgruppen

Einfuhren aus den USA in Mio. Euro und Anteil an allen Einfuhren dieser Produktgruppe, 2023



Quellen: Eigene Berechnungen aus Daten von Destatis.

Aus US-amerikanischer Sicht gingen im Jahr 2023 3,8 Prozent aller Exporte nach Deutschland. Damit war die Bundesrepublik der fünftgrößte Exportmarkt für die US-Wirtschaft hinter Kanada (17,6 Prozent), Mexiko (16,0 Prozent), China (7,3 Prozent) und den Niederlanden (4,0 Prozent). Auf Bayern entfielen 0,7 Prozent der gesamten US-Exporte.

Umgekehrt ist Deutschland das viertgrößte Lieferland für die USA. Im Jahr 2023 bezogen die Vereinigten Staaten 5,2 Prozent ihrer Einfuhren aus Deutschland. Mehr Importe kamen nur aus Mexiko (15,4 Prozent), China (13,9 Prozent) und Kanada (13,6 Prozent). Auf Bayern entfielen 0,8 Prozent der gesamten US-Importe.

Die USA weisen traditionell ein sehr hohes Handelsbilanzdefizit auf. Im Jahr 2023 lag dieses bei 1,1 Billionen US-Dollar. Das entsprach 20,8 Prozent des gesamten Handelsvolumens.

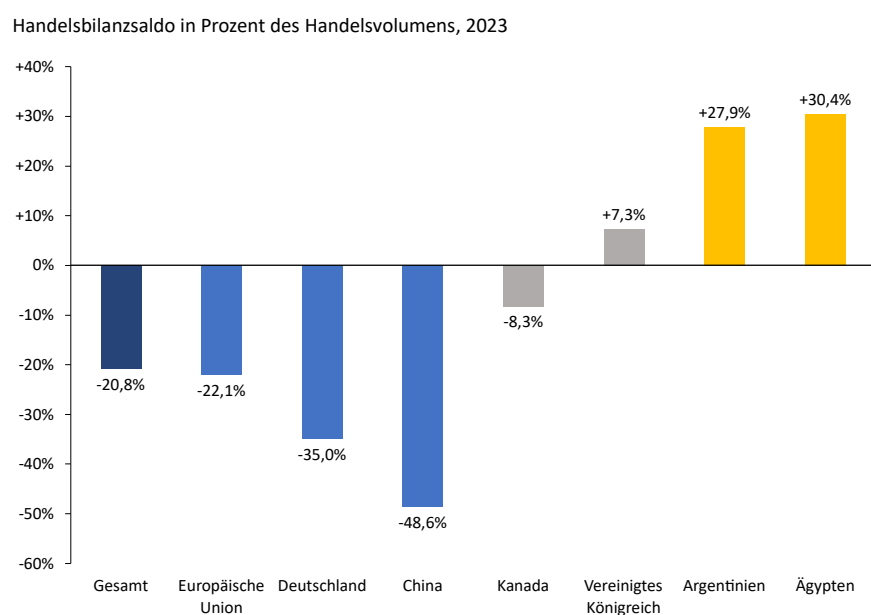
Regional differenziert weisen die USA seit vielen Jahren vor allem gegenüber China ein extrem großes Handelsdefizit auf. Im Jahr 2023 betrug die Differenz aus Ein- und Ausfuhren - 279,1 Milliarden US-Dollar. Gegenüber der EU betrug das Defizit immerhin noch -208,7 Milliarden US-Dollar, wobei rund 40 Prozent dieses Defizits auf Deutschland zurückzuführen waren (-82,6 Milliarden US-Dollar). In viele Länder des globalen Südens exportieren die USA hingegen mehr Waren, als sie von dort beziehen. Ein Beispiel ist Argentinien (+5,0 Milliarden US-Dollar).

Betrachtet man die relativen Zahlen, ergibt sich ein ähnliches Bild. Das US-Handelsdefizit gegenüber der EU lag mit 22,1 Prozent lediglich etwas höher als das Handelsdefizit insgesamt. Im Handel mit Deutschland lag das US-Defizit hingegen bereits bei 35,0 Prozent, im Handel mit China sogar bei 48,6 Prozent. Dies bedeutet, dass die Einfuhren aus Deutschland die Ausfuhren nach Deutschland um rund das Zweifache überstiegen. Im Handel mit China lag dieser Faktor sogar nahe der drei.

Der Handel der USA mit Kanada und dem Vereinigten Königreich gestaltet sich hingegen ausgeglichener. So lag das Außenhandelsdefizit der USA gegenüber Kanada bei 8,3 Prozent im Vergleich zum gesamten Handelsvolumen. Im Handel mit dem Vereinigten Königreich erreichten die Vereinigten Staaten sogar einen Außenhandelsüberschuss in Höhe von 7,3 Prozent im Vergleich zum gesamten Handelsvolumen. Auch gegenüber vielen Ländern des globalen Südens verzeichnen die USA regelmäßig Außenhandelsüberschüsse – so beispielsweise mit Argentinien oder Ägypten.

Abbildung 4

Die Außenhandelsbilanz der USA



Quellen: eigene Berechnungen aus Daten des United States Census Bureau.

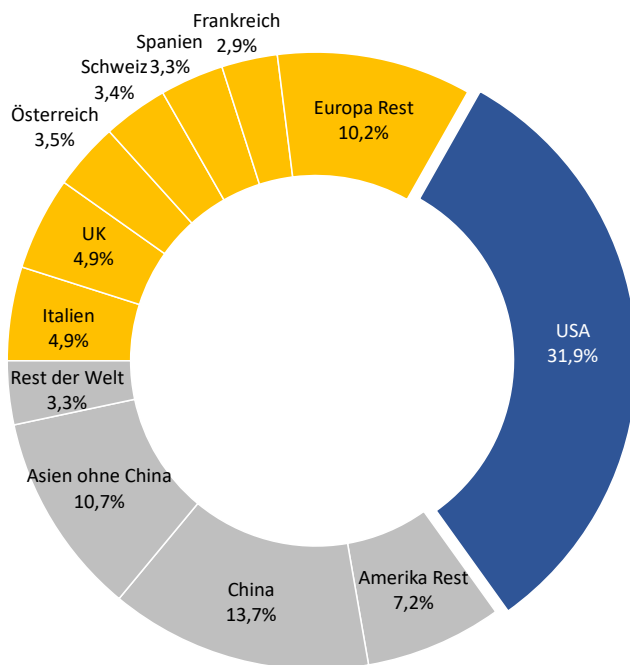
1.2 Die USA als Investitionsziel Nummer eins für die bayerische Wirtschaft

Für bayerische Direktinvestitionen sind die Vereinigten Staaten das Hauptziel. 32,0 Prozent des gesamten Bestandes an ausländischen Direktinvestitionen lagen 2021 in US-amerikanischen Unternehmenseinheiten (aktuellste verfügbare Daten). Zwischen 2017 und 2021 sind diese um ein Drittel angestiegen. Der Anteil der bayerischen Direktinvestitionsbestände, die in den USA investiert sind, übersteigt den deutschen Durchschnittswert um 3,3 Prozentpunkte. Bayerische und deutsche Unternehmen gewinnen durch diese Investitionen internationale Präsenz, neue Absatzmärkte und Innovationsimpulse.

Die vbw Studie „Der ökonomische Impact der bayerischen Wirtschaft in den USA“ (August 2024) quantifiziert die positiven Effekte der bayerischen Präsenz in den USA. Insgesamt kontrollieren bayerische Unternehmen 701 Unternehmenseinheiten in den USA. In diesen lag 2021 ein Direktinvestitionsbestand von 88,9 Milliarden Euro. Durch diese Unternehmen wird eine Bruttowertschöpfung von insgesamt 131,5 Milliarden Euro angestoßen und insgesamt fast 730.000 Arbeitsplätze gesichert.

Abbildung 5

Bayerische Direktinvestitionsbestände im Ausland, 2021, Anteil an den gesamten Beständen

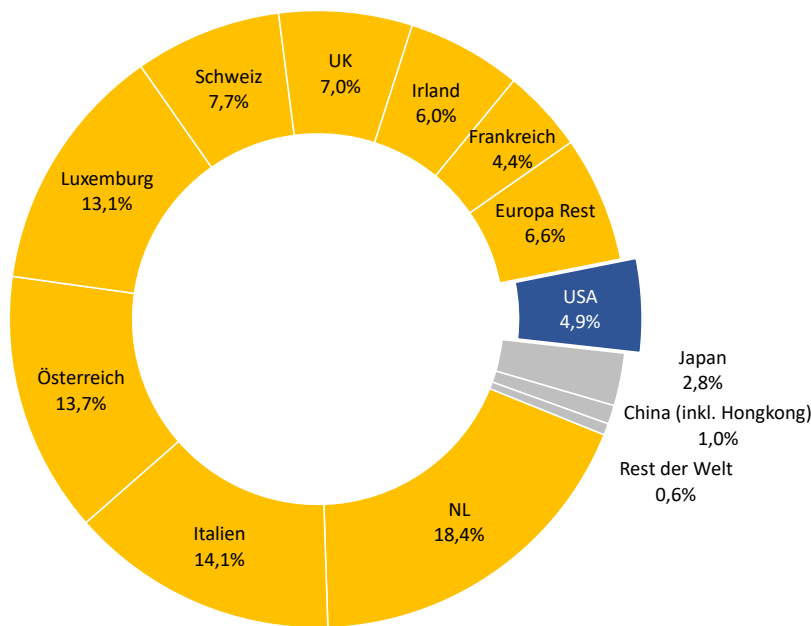


Quellen: Eigene Berechnungen aus Daten der Bundesbank.

Umgekehrt ist der Freistaat auch ein beliebter Standort für Investitionen von US-Firmen. Fast fünf Prozent des Bestandes an Investitionen ausländischer Unternehmen in Bayern stammten aus den USA. 9,6 Prozent des Bestandes an US-Investitionen in Deutschland wurden in Bayern getätigt.

Abbildung 6

Ausländische Direktinvestitionsbestände in Bayern, 2021, Anteil an den gesamten Beständen



Quellen: Eigene Berechnungen aus Daten der Bundesbank

Die Daten verdeutlichen: Deutsche und US-Unternehmen sind wichtige Investoren und Handelspartner für den jeweils anderen Markt. Damit sind die Beziehungen zu den USA eine wichtige Stütze für Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern und Deutschland. Viele Arbeitsplätze entstehen hierzulande, weil bayerische Unternehmen ihre Produkte in den USA verkaufen und weil US-Unternehmen in Bayern investieren. Für große Firmen ist der Zugang zum US-Markt dabei ebenso wichtig wie für Unternehmen aus dem industriellen Mittelstand. Als größte Volkswirtschaft der Welt sind die USA zudem für die Dynamik der Weltwirtschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung.

2 Globale Herausforderungen

Geopolitische Spannungen, Handelskonflikte und der Klimawandel stellen die Weltpolitik und Weltwirtschaft vor Herausforderungen.

2.1 Geopolitische Spannungen

Der geopolitische Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China um die Vormachtstellung in der Welt hat die internationale Politik und Wirtschaft in den letzten Jahren verstärkt beeinflusst. Die zunehmenden Spannungen bedrohen die etablierte Weltwirtschaftsordnung. Das Risiko einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft mit einem US-dominierten Block auf der einen und einem chinesisch-dominierten Block auf der anderen Seite ist durchaus real.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die grundsätzliche Frage nach der Verlässlichkeit unserer Handelspartner aufgeworfen. Gleiches gilt auch aus europäischer Sicht für China, das infolge der Menschenrechtsverletzungen im Land, seines Verhaltens gegenüber Taiwan sowie seiner zunehmend aggressiven und strategisch ausgerichteten Handels- und Subventionspolitik immer kritischer betrachtet wird.

Im Indo-Pazifik kommt es immer häufiger zu Streitigkeiten zwischen China und den Anrainerstaaten, was die für den Welthandel wichtigen Seeschiffahrtswege gefährdet. Die USA haben ihre Militärpräsenz in der Region daher gestärkt, eine Sicherheitspartnerschaft mit Australien und dem Vereinigten Königreich geschlossen und ihre Handelspartnerschaften mit südostasiatischen Ländern ausgebaut.

Zuletzt ist nach der Attacke der Hamas auf Israel im Oktober 2023 und dem daraus folgenden bewaffneten Konflikt die Sorge um einen Flächenbrand im Nahen Osten gewachsen.

Staaten wollen sich in Schlüsselsektoren zunehmend weniger von den politischen Führungen und Ereignissen in anderen Regionen abhängig machen. Zugleich werden wirtschaftliche Abhängigkeiten politisch genutzt und als „Waffe“ eingesetzt. In diesem geopolitisch herausfordernden Umfeld wird es für Unternehmen zunehmend schwieriger und aufwendiger, Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten und auszubauen. Daher gewinnen Partnerschaften mit Ländern, die dieselben Werte teilen, an Bedeutung.

2.2 Veränderte Weltwirtschaftsordnung

Seit mehreren Jahren nimmt die Kritik an der Globalisierung zu. Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung werden von politischen Entscheidungsträgern in der Praxis immer häufiger in Frage gestellt.

In den USA gewinnt das schon lange bestehende Paradigma, dass Wirtschaftspolitik gleich Sicherheitspolitik ist, immer stärker an Bedeutung. In der Folge nehmen Handelsbeschränkungen zu. So wird die Exportkontrolle erweitert, die wie das Beispiel ASML in der Halbleiterindustrie zeigt, auch europäische Unternehmen treffen kann.

Auch in westlichen Staaten mit marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen nehmen interventionistische wirtschaftspolitische Maßnahmen und Subventionspraktiken zu, Protektionismus wird wieder salonfähig. So sind Local-Content-Regelungen immer häufiger Teil von Förderprogrammen und beschränken den Marktzugang für ausländische Unternehmen. Auch gelingt es immer seltener, umfassende Freihandelsvereinbarungen zu schließen, um tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abzubauen. Das zeigen die Beispiele TTIP und EU-Mercosur-Abkommen.

Das multilaterale Welthandelssystem ist größtenteils blockiert. Der Streitbeilegungsmechanismus der Welthandelsorganisation (WTO) ist seit der Blockade des Berufungsgremiums funktionsunfähig. Reformen der WTO kommen extrem zögerlich voran und werden auch von den Vereinigten Staaten blockiert.

Unternehmen sind mehr denn je gefordert, ihre Beschaffungs- und Absatzmärkte zu diversifizieren, um nicht zum Spielball geopolitischer Konflikte zu werden.

2.3 Klimawandel und Dekarbonisierung

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die Auswirkungen auf die weltweite Sicherheit und Wirtschaft hat. Die Flucht vor Umweltkatastrophen führt weltweit zu Migrationsbewegungen und kann zu gesellschaftlichen Spannungen in den Zielländern führen. Extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen und Hochwasser, Hitze und Dürre sowie Wirbelstürme schaden Mensch und Industrie. Lieferketten werden unterbrochen, weil Infrastruktur zerstört ist. Durch globale Handelsketten wirken sich Schäden in einer Region der Welt schnell auch auf die Wirtschaft in anderen Regionen aus.

Im Pariser Klimaabkommen von 2015 verpflichteten sich 195 Staaten, den Klimawandel einzudämmen und die Weltwirtschaft klimafreundlich umzugestalten. Die USA und die Europäische Union setzten jeweils umfassende Förderprogramme auf. Der 2022 in Kraft getretene Inflation Reduction Act ist ein milliardenschweres industriepolitisches Klimaschutzprogramm für die amerikanische Wirtschaft. Mit dem European Green Deal hat die Europäische Union darauf reagiert und will die industrielle Erneuerung in Europa mit einer eigenen Technologie-Offensive vorantreiben.

Um das Klima effektiv zu schützen und die natürliche Lebensgrundlage der Menschen zu sichern, müssen die Staaten weltweit zusammenarbeiten. Koordinierte klimapolitische Maßnahmen reduzieren unfaire Wettbewerbsvorteile. Internationale Technologiekooperationen können dazu beitragen, klimafreundliche Produkte und Services zu entwickeln und Emissionen zu reduzieren.

3 Positionen von US-Präsident Trump

Der neue US-Präsident Donald Trump setzt auf „America first“ – entgegen den Warnungen zahlreicher Ökonomen.

Die Vereinigten Staaten haben am 5. November 2024 gewählt und der neue US-Präsident für die nächste Legislaturperiode ist Donald Trump. Die Republikaner behalten auch die Kontrolle über das Repräsentantenhaus und gewannen eine Mehrheit im Senat.

Die Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten wird spürbare negative Folgen für die europäische, aber wohl auch für die US-Wirtschaft haben. Dafür sprechen nicht nur die von ihm angekündigten konkreten Pläne, sondern auch sein erratischer und unberechenbarer Regierungsstil, der für große Unsicherheit sorgt. Eine Trump 2.0 Administration wird voraussichtlich durch kurzfristiges, taktisches Agieren (mit langfristigen Konsequenzen) und weniger durch strategische Weitsicht und Geduld geprägt.

Im Folgenden stellen wir die Positionen von US-Präsident Donald Trump auf den Politikfeldern Handel, Steuern, Investitionen, Energie und Klima sowie internationale Bündnisse vor und erläutern die möglichen Auswirkungen auf die bayerische und deutsche Wirtschaft.

3.1 Handelspolitik

Trump kritisiert das globale Handelssystem als nachteilig für die USA, verantwortlich für Handelsdefizite, Produktionsrückgänge und Jobverluste. Er plant eine „Neuausrichtung des Handels“, um die USA zur „Produktionssupermacht“ zu machen. Unter der zweiten Amtszeit von Trump muss mit einer aggressiven Handelspolitik sowie einer Ablehnung internationaler Institutionen wie der WTO und regelbasierter Systeme gerechnet werden. Die bis jetzt konstruktiven Gespräche im Rahmen des EU-US-Handels- und Technologierat (Trade and Technology Council, TTC) könnten zurückgefahren oder sogar beendet werden. Trump bevorzugt bilaterale Abmachungen.

An der Wirtschaftsfront könnte Trump viele Hebel in Bewegung setzen, um politischen Druck auf Deutschland auszuüben, damit er seine strategischen Ziele erreicht. Die Androhung eines Stopps der LNG-Exporte z. B. würde der deutschen Wirtschaft, die noch keine dauerhafte Lösung für ihre Energiekrise gefunden hat, maximalen Schaden zufügen. Gleiches gilt für Zölle auf Importe aus Deutschland. Es gilt als wahrscheinlich, dass Trump den Druck auf Deutschland erhöhen wird, um seine Chinapolitik zu unterstützen, indem er Deutschland (umfassendere) Exportkontrollen auferlegt und möglicherweise deutsche Investitionen in China einschränkt.

Der neue US-Präsident hat angekündigt, einen protektionistischen Schutzwall um die USA zu errichten. Im Wahlkampf und nach der Wahl drohte er mit allgemeinen Importzöllen zwischen 10 und 20 Prozent, auf Importe aus Mexiko und Kanada sollen Zölle von 25

Positionen von US-Präsident Trump

Prozent, auf Waren aus China Zölle von 60 Prozent erhoben werden. Die variierenden Zollankündigungen sind bezeichnend für seinen unberechenbaren Politikstil.

Das IW Köln hat berechnet, dass Zölle in Höhe von 10 bis 20 Prozent auf alle Importe und 60 Prozent auf China den Welthandel belasten und insbesondere Deutschland treffen würden. Den Studien zufolge könnte das je nach Szenario zu BIP-Verlusten für Deutschland in Höhe von 127 bis 180 Milliarden Euro bis 2028 führen. Besonders betroffen wäre Bayern, das stark von Exporten in die USA abhängt.

Die bayerische Automobilindustrie, die 2023 Waren im Wert von 23,4 Milliarden Euro in die USA exportierte, würde durch Zölle auf Autos um 20 Prozent hart getroffen. Zusätzlich könnten Maßnahmen wie die Rücknahme von Erleichterungen für EU-Elektrofahrzeuge die bayerische Wirtschaft belasten, da viele dieser Fahrzeuge nach den ursprünglichen Regeln des Inflation Reduction Act (IRA) nicht förderfähig wären. Auch die bayerische Pharmaindustrie, die 2023 bedeutende Exportvolumina in die USA verzeichnete, wäre betroffen. 20 Prozent Zölle könnten ihre Margen stark schmälern, da die Preise nicht an US-Käufer weitergegeben werden können. Ebenso würde die Metallindustrie in Bayern leiden: Die Strafzölle auf Aluminium und Stahl sind derzeit nur ausgesetzt, aber technisch immer noch in Kraft. Anzunehmen ist also, dass Trump sie als eine seiner ersten Amtshandlungen wieder durchsetzen wird.

3.2 Wirtschaftspolitik

Trump 2.0 wird in seiner Wirtschaftspolitik an Deregulierung und Steuersenkung für Unternehmen anknüpfen. Die in seiner ersten Amtszeit durchgesetzten Steuersenkungen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit fortgeführt, weitere Schritte sind ebenfalls denkbar.

Trump war 2017 für die Verabschiedung eines Gesetzes verantwortlich, das unter anderem die Körperschaftssteuer von 35 auf 21 Prozent senkte. Einige dieser Bestimmungen laufen 2025 aus, sofern der Kongress sie nicht erneut genehmigt; das republikanische Programm sieht jedoch vor, sie dauerhaft zu etablieren. Trump forderte eine weitere Senkung der Körperschaftssteuer auf 15 Prozent für Unternehmen, die in den USA produzieren. Für deutsche Konzerne, die in den USA produzieren, könnten sich Chancen ergeben, wenn Trump die Unternehmenssteuern senken wird. Bei einem Körperschaftssteuersatz von 15 Prozent müssten große Unternehmen am Ende deutlich niedrigere Steuersätze zahlen als kleinere, private Unternehmen, bei denen die Steuersätze bis zu 37 Prozent betragen können.

Laut dem Penn Wharton Budget Model würden Trumps Steuerpläne die Schulden in den nächsten zehn Jahren um mehrere Billionen Dollar erhöhen. Das würde die Staatsverschuldung und das Haushaltsdefizit noch weiter vergrößern, die viele Ökonomen bereits jetzt als besorgniserregend hoch einstufen. Trump hat zwar einen Abbau der Staatsverschuldung angemahnt, aber keine konkreten Streichlisten veröffentlicht.

Positionen von US-Präsident Trump

Die wirtschaftspolitische Strategie von Trump hat zum Teil gegensätzliche Effekte. Die Steuersenkungen würden den USA zusätzlich Rückenwind geben. Gleiches gilt für die geplante Deregulierungsoffensive. Es steht allerdings zu befürchten, dass die US-Wirtschaft zumindest vorübergehend heiß laufen wird.

Auf der anderen Seite würden die von Trump angekündigten Abschiebungen illegaler Einwanderer zu einem Arbeitskräftemangel führen und das Wachstum bremsen.

Deregulierungsmaßnahmen, gerade in der Finanzbranche, könnten auch das Risiko einer neuen Finanzkrise erhöhen.

3.3 Investitionsprogramme

Was den Inflation Reduction Act (IRA) betrifft, hat Trump wiederholt betont, dass er die Klimainvestitionen des IRA als Verschwendung ansieht und diese stoppen möchte, insbesondere die Fördergelder für saubere Energie und erneuerbare Technologien. Er hat auch angekündigt, bereitgestellte, aber noch nicht ausgegebene Mittel zu streichen. Dabei wird jedoch nicht nur mit Widerstand von den Demokraten gerechnet, sondern auch innerhalb seiner eigenen Partei. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass der IRA bereits in vielen ländlichen und strukturschwachen Regionen der USA erhebliche wirtschaftliche Impulse gesetzt hat – besonders in Staaten und Bezirken, die von Republikanern im Kongress vertreten werden. Das gilt ebenfalls für den CHIPS Act, der die Halbleiterindustrie fördert.

3.4 Außenpolitik

In der Außenpolitik wird sich Trump wohl wieder klar auf seine „Amerika First“-Strategie konzentrieren und einen isolationistischen Kurs verfolgen. Israel könnte von einer stärkeren Unterstützung seiner Nahostpolitik profitieren. Für die Ukraine hat Trump ein schnelles Kriegsende nach seinem Amtsantritt angekündigt, ließ jedoch offen, wie dieses in Verhandlungen erreicht werden soll.

Sollte unter Präsident Trump die US-Unterstützung für die Ukraine reduziert oder gar beendet werden, wäre dies für die Ukraine sicherheitspolitisch fatal. In jedem Fall hätte dies eine massive Ausweitung der finanziellen Ausgaben für die EU und ihre Mitgliedsstaaten zur Folge – sowohl zur Unterstützung der Ukraine als auch zum Ausbau der eigenen Verteidigung. Angesichts seiner unsicheren Haltung zur NATO sowie der allgemein steigenden geopolitischen Unsicherheit, die eine Präsidentschaft Trumps zur Folge haben dürfte, ist letzteres wohl grundsätzlich erforderlich. Diese Mittel stehen dann an anderer Stelle nicht mehr zur Verfügung; insbesondere nicht für die notwendigen Investitionen in Transformation, Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Resilienz etc.

3.5 Weitere Themen: Energie, Klima, Künstliche Intelligenz

In der Energiepolitik setzt Trump eindeutig auf heimisch geförderte fossile Energiequellen (Öl, Erdgas, Kohle). Mit ihnen soll sichergestellt werden, dass die USA die günstigsten Energiepreise der Industrienationen haben. Gleichzeitig ist mit einem verstärkten Export von Energierohstoffen zu rechnen. „Drill, baby, drill“ – das Motto, so viel Öl zu fördern wie möglich, hat Trump immer wieder wiederholt. Die USA produzieren schon heute mehr Energie, als sie verbrauchen. Aber diese Energie-Unabhängigkeit geht Trump nicht weit genug. Er will, dass die USA „energiedominant“ werden – auch mithilfe von Deregulierung.

Er hat versprochen, Genehmigungsverzögerungen und andere Einschränkungen bei der Produktion fossiler Brennstoffe aufzuheben und die inländischen Bohraktivitäten deutlich zu erhöhen, was seiner Meinung nach die Inflation senken wird. Trump hat versprochen, „amerikanische Energie freizusetzen“ und das Land vollständig energieunabhängig zu machen. Er unterstützt die Kernenergie und kündigt an, mehr in kleine modulare Kernreaktoren zu investieren.

Trump hat wiederholt die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel in Frage gestellt und Zweifel daran geäußert, ob menschliche Aktivitäten dafür verantwortlich sind. In der Klimapolitik ist mit einem erneuten Rückschritt zu rechnen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung von Elektrofahrzeugen wird kategorisch abgelehnt. Umweltpolitisch würden die Zeichen in einer zweiten Amtszeit Trumps auf Deregulierung stehen. Trump hat angekündigt, dass die Vereinigten Staaten erneut aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen werden.

Beim Thema Künstliche Intelligenz streben Trump und Vance eine Deregulierung an, durch die sie sich eine noch größere Technologieführerschaft der USA in diesem Bereich erhoffen, auch wenn beide eher skeptisch gegenüber „Big Tech“ sind.

4 Kernforderungen der vbw

Globale Herausforderungen können nur gemeinsam gelöst werden.

Es ist selbstverständlich, dass Politiker sich zuallererst für die eigene Bevölkerung einsetzen. Daher ist es auch berechtigt, dass der Präsident der Vereinigten Staaten industrielle Wertschöpfung im eigenen Land erhalten oder zurückgewinnen will.

Deutschland und die USA profitieren jedoch seit Jahrzehnten vom Zugang zum jeweils anderen Markt und gegenseitigen Investitionen sowie dem Freihandel allgemein. Die Stabilität und Kontinuität der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen müssen auch zukünftig sichergestellt bleiben.

4.1 Wirtschaftssicherheit transatlantisch gewährleisten

Mehr Kooperation und Abstimmung statt Abgrenzung: Die geopolitischen Spannungen, insbesondere in Bezug auf Russland und China, erfordern eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA. Beide Mächte richten ihre Politik vor diesem Hintergrund stärker auf Wirtschaftssicherheit aus. Maßnahmen wie Sanktionen, Export- und Investitionskontrollen müssen eng zwischen den Wirtschaftspartnern abgestimmt werden, um zwischen ihnen ein Level-Playing Field und faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

Die USA sind und bleiben für die Europäische Union ein wichtiger Bündnispartner und Stabilitätsanker. Gleichzeitig muss Europa seiner Verantwortung in der Verteidigung gerecht werden, um Trump sein Druckmittel zu nehmen.

4.2 Machtbalance halten und Freihandel stärken

Die EU muss auf Augenhöhe mit den USA agieren in einer multipolaren Welt. Wie die vbw Studie „Folgen einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft“ zeigt, ist es nicht im Interesse der exportorientierten bayerischen und deutschen Wirtschaft, wenn sich Handels- und Machtblöcke bilden. Eine Zusammenarbeit mit den USA darf nicht bedeuten, sich von anderen Weltwirtschaften abzukoppeln. Dies würde neue Abhängigkeiten schaffen. De-Risking und nicht De-Coupling von China muss auf beiden Seiten des Atlantiks die Maßgabe bleiben. Die deutsche Wirtschaft darf im Konflikt zwischen China und den USA nicht zum Spielball werden. Die Politik sollte die Unternehmen vielmehr dabei unterstützen, alternative Lieferketten aufzubauen und strategische Partnerschaften mit Wertepartnern zu fördern.

Mit Donald Trump wird ein Deal Maker Präsident, der Politik als Nullsummenspiel versteht. Die künftige Bundesregierung muss es schaffen, Europa zu einen und der neuen US-Administration den (monetären) Wert der transatlantischen Beziehungen vor Augen führen. Es muss klar werden, dass der Handel mit Europa auch in den USA Arbeitsplätze

schaft und sichert. Europa sollte sein Pfund als attraktiver und wichtiger Dienstleistungsmarkt für US-Unternehmen in die Waagschale werfen. Die EU-Kommission sollte sich bemühen, den EU-US-Handels- und Technologierat gegebenenfalls in abgewandelter Form fortzuführen. Wichtig ist, die Gesprächskanäle zur künftigen US-Administration offen zu halten.

Handelsstreitigkeiten wie die zwischen den USA und Europa ausgetragenen Auseinandersetzungen um Subventionen (z. B. in der Flugzeug- und Stahlindustrie) schaden exportorientierten Unternehmen. Die Politik muss darauf hinarbeiten, Handelskonflikte durch diplomatische Verhandlungen zu lösen, faire und offene Handelsbedingungen zu sichern und unnötige bürokratische Hürden, insbesondere in der Zollabwicklung, abzubauen. Die bayerische Politik kann auf nationaler und europäischer Ebene darauf hinwirken, protektionistische Maßnahmen der USA wie Strafzölle oder „Buy American“-Regelungen zu entschärfen bzw. abzuwenden.

Die WTO-Mitglieder müssen die Kritik der USA ernstnehmen. Gleichzeitig müssen die USA Kompromissbereitschaft signalisieren. Jede Lösung, die die Vereinigten Staaten nicht einbindet oder gar zum Austritt aus der Welthandelsorganisation bewegt, würde die WTO-Krise nur verschärfen und die großen Handelsnationen ermutigen, WTO-Verpflichtungen zu ignorieren oder zu umgehen. Auch die USA würden durch einen WTO-Austritt zu Verlierern, da andere Handelspartner ohne rechtliche Beschränkung unfaire Handelspraktiken gegenüber den USA anwenden könnten.

4.3 Wege der Zusammenarbeit für Klimaschutz und Energiewende finden

Es steht zu befürchten, dass die USA unter Präsident Trump wie schon in seiner ersten Amtszeit aus dem Pariser Klimaabkommen austreten. Dennoch müssen Wege gefunden werden, um die transatlantische Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz zu stärken.

Gemeinsam Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards zu entwickeln und umzusetzen dürfte schwierig werden. Im derzeitigen US-Kongress gibt es jedoch von beiden Parteien Vorschläge für einen CO₂-Bepreisungsmechanismus, der in erster Linie gegen CO₂-intensive Importe unter anderem aus China abzielt und eine mögliche Einnahmequelle für den angespannten Haushalt wäre. Hier muss die Europäische Kommission im engen Austausch bleiben, um sich für eine Harmonisierung der Mechanismen einzusetzen und bürokratische Nachweispflichten für Unternehmen zu vermeiden.

Die bayerische Staatsregierung sollte sich auf der Ebene der Bundesstaaten für eine stärkere Zusammenarbeit bei der Entwicklung von nachhaltigen Energien sowie bei Investitionen in grüne Infrastruktur einsetzen. Dies ist nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für eine stabile Energieversorgung von entscheidender Bedeutung. Unternehmen aus den USA und Europa verfügen über fortschrittliche Technologien, um dem Klimawandel zu begegnen.

4.4 Technologiepartnerschaften ausbauen

Es braucht eine verstärkte Zusammenarbeit bei Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, 5G/6G und der Digitalisierung. Durch harmonisierte Standards und die Förderung grenzüberschreitender Innovationsprojekte können amerikanische und bayerische Firmen im globalen Wettbewerb gestärkt werden. Erste Fortschritte sind bereits im Rahmen des US-EU-Handels- und Technologierats erkennbar. Daran muss auch unter der neuen US-Administration weitergearbeitet werden.

4.5 Regionalpartnerschaften pflegen

Neben engen Beziehungen zur Bundesebene in Washington muss die Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten strategisch ausgebaut und vertrauensvolle Kontakte gepflegt werden. Im politischen System der USA sind sie wesentliche Gestalter der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Viele Bundesstaaten haben beispielsweise eigene Klimaschutzinitiativen und wollen daran auch unter der neuen US-Administration festhalten. Damit bleiben die Geschäftschancen für die bayerische Wirtschaft erhalten. Bayerische Firmen profitieren bei ihren Investitionen in den USA von guten Verbindungen zu den lokalen Regierungen und Wirtschaftsförderungen (z. B. bei Genehmigungsprozessen, Zugang zu Förderung und Initiativen zur Fachkräftegewinnung). Das vbw Verbindungsbüro in New York und die bayerischen Repräsentanzbüros in New York und San Francisco sind wichtige Anlaufstellen und Brückenbauer. Wir begrüßen, dass die Staatsregierung bayerische Unternehmen mit über 15 geplanten Messebeteiligungen in den USA in 2025 bei der Markterschließung unterstützt.

Ansprechpartner/Impressum

Eva Apfel

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon +49 89-551 78-482
eva.apfel@vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon +49 89-551 78-422
elias.kerperin@vbw-bayern.de

Christoph Kolle

vbw Verbindungsbüro New York

Telefon +1 (0) 646-237-0410
christoph.kolle@vbw.com

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Januar 2025